



Stephan
Lamby

ENTSCHEIDUNGS TAGE



Hinter den
Kulissen des
Machtwechsels

C.H.Beck



Zum Buch

Deutschland erlebt dramatische politische Veränderungen. Nach einem Wahljahr mit zahlreichen Richtungswechseln wird die Parteienlandschaft durch die Bundestagswahl kräftig umgepflügt. Es gibt überraschende Aufstiege und schmerzhaft Abstürze. Aber es geht um weit mehr als um einzelne Karrieren. Die künftige Regierung steht vor immensen Herausforderungen – wegen des Klimawandels, der Pandemie, des gewaltigen Reformstaus, auch wegen des Auseinanderdriftens der Gesellschaft. Stephan Lamby untersucht das politische Leben in Deutschland seit einem Vierteljahrhundert. Seine Langzeitbeobachtungen dauern monate-, manchmal jahrelang. Seit Dezember 2020 hat er sich auf die Spuren der drei Kanzlerkandidat:innen begeben. Er konnte hinter die Kulissen der Kampagnen von SPD, Union und Grünen blicken, mit Olaf Scholz, Armin Laschet, Annalena Baerbock, Robert Habeck und ihren Wahlkampfmanagern viele exklusive Gespräche führen und sie aus der Nähe beobachten. Auch mit Christian Lindner, Markus Söder und vielen anderen sprach er ausführlich. Lamby erlebte hautnah mit, wie das Momentum beim Kampf ums Kanzleramt schlagartig hin und her wechselte – und lernte das Personal verstehen, das Deutschland in den nächsten Jahren führen wird. Sein Buch erklärt, wie es zu diesem ungewöhnlichen Bundestagswahlergebnis kommen konnte. Lamby blickt dabei auch auf frühere Kampagnen und Wahlkämpfer zurück, die er ebenfalls aus der Nähe beobachtete: von Kohl über Merkel bis Steinbrück und Schulz. Seine investigative Reportage ist nicht nur die fällige Chronik einer epischen Entscheidungsschlacht, sondern auch eine zeitlose Anatomie von Machtmenschen unter äußerster Anspannung.

Über den Autor

Stephan Lamby ist Dokumentarfilmer und Produzent sowie Buchautor. Er hat mit zahlreichen ARD-Dokumentationen das politische Deutschland abgebildet, darunter «Nervöse Republik», «Im Labyrinth der Macht», «Die Notregierung» und «Wege zur Macht». Er wurde vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Deutschen Fernsehpreis, dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis, der Goldenen Kamera und als Journalist des Jahres 2018. Von ihm erschien bei C.H.Beck zuletzt der SPIEGEL-Bestseller «Im Wahn. Die amerikanische Katastrophe» (mit Klaus Brinkbäumer, 2020).

Stephan Lamby

ENTSCHEIDUNGS- TAGE

Hinter den Kulissen des Machtwechsels

C.H.Beck

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2021
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg
Umschlagabbildungen: Olaf Scholz © Florian Gaertner / picture
alliance;
Annalena Bearbock und Armin Laschet © ullstein

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen
ISBN Buch 978 3 406 77433 1
ISBN eBook (epub) 978 3 406 77535 2
ISBN eBook (PDF) 978 3 406 77536 9

www.chbeck.de

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel sowie
versandkostenfrei auf unserer Website www.chbeck.de.

Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere
Informationen.

«Wahlen allein machen noch keine Demokratie»

Barack Obama, 2009

INHALT

Prolog: Laufen lernen	9
Aufbruch oder Weiter so	17
Drei Männer aus Nordrhein-Westfalen	17
Der junge General	22
Blame Game	26
Harmonie auf dem Balkon	28
Der verwandelte Scholzomat	36
Abschiedsreden	46
Starrsinn und schwarze Kassen	51
Sieg mit Schrammen	58
Griff nach den Sternen	67
Probleme mit dem Genossen	72
Außer Kontrolle	75
Altlasten	87
Der Aufreger	93
Du oder Ich	96
Führungsanspruch	96
Fliehkräfte	100
Sprengstoff	110
Ampelträume	115
Auf der Kippe	122
Negative Campaigning und Merkels Verwandlung	128
Osterunruhe	133
Das Rezo-Trauma	138
Karwoche der Enttäuschungen	153
Zankende Urgesteine	160
Der Low-Bob-Verein	165
«Ohne Groll»	170

Schlamm oder Sand	206
Kleine Fehler, große Fehler	206
Krieg und Frieden	221
In der Mangel	224
Im Labyrinth der Macht	231
Innere Widersprüche	244
Dicke Bretter	254
Signale aus dem Osten	262
Der Ausstieg	272
«Scheiße»	274
Bildsprache	282
Im Schützengraben	288
Stimmungswechsel	301
Trügerische Atempause	304
Gummistiefel-Tage	308
Sieg oder Niederlage	318
Heiße Phase	318
Rückenwind	323
Der Baerbock-Zug	330
Debakel, Desaster, Katastrophe	333
Schubumkehr	335
Merkel-Look-a-Likes	346
Autopilot	350
Die letzten Meter	354
Das Ziel vor Augen	358
Tag der Wahrheit	362
Machtgewinn und Machtverlust	365
Epilog: Der Auftrag	369
Dank	375
Register	377
Bibliographie	381

PROLOG: LAUFEN LERNEN

Angela Merkel hat einen Plan. Es ist Montagfrüh, kurz vor halb neun, die ersten Präsidiumsmitglieder sind bereits im Konrad-Adenauer-Haus eingetroffen. Die Kanzlerin geht über den Flur im fünften Stock, dort, wo die überlebensgroßen Fotos früherer CDU-Vorsitzender an der Wand hängen. Vorbei an Adenauer, Erhard, Kiesinger, Barzel, Kohl, Schäuble. Dann betritt sie das Büro der Generalsekretärin. Ihre Vertraute soll die Nachricht als Erste erfahren, vor allen anderen.

Was Annegret Kramp-Karrenbauer da zu hören bekommt, verschlägt ihr die Sprache. Es kann ihr Leben verändern. Und auch die politische Landschaft in Deutschland. Merkel bittet sie, die Nachricht noch eine Weile für sich zu behalten. Sie will zunächst, ebenfalls vertraulich, die übrigen Präsidiumsmitglieder unterrichten, dann den Parteivorstand. Das, was Merkel zu verkünden hat, muss sorgsam erklärt werden.

Zu diesem Zeitpunkt sitze ich in meinem Büro in Hamburg und bereite meinen Arbeitstag vor. Es geht um Recherchen für einen Film, im Hauptberuf bin ich Dokumentarfilmer. Um 9:53 Uhr meldet der erste Tweet die Neuigkeiten aus der CDU, vorsichtig noch, wie ein Gerücht. Dann der nächste Tweet. Nachrichtenagenturen und Online-Medien ziehen nach.

Kaum etwas verachtet Angela Merkel mehr als Durchstechereien, die Indiskretionen des politischen Betriebs. Also wird sie diesen Montag hassen. Und ich muss mich schnell entscheiden: Was ist dran an den Gerüchten? Wenn ich jetzt zum Bahnhof eile und den nächsten Zug erwische, kann ich in zwei Stunden in Berlin sein, pünktlich zur Pressekonferenz in der CDU-Zentrale. Als ich schließlich im Zug sitze, verdichten sich die Gerüchte zu Fakten: Der frühere Unions-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz erklärt via *BILD.de*, dass er für die Nachfolge

von Merkel bereitstehe, Kramp-Karrenbauer reagiert prompt und bekundet ebenfalls ihr Interesse, kurz darauf Jens Spahn. Es geht rasend schnell. Was ist da los in Berlin, an diesem 29. Oktober 2018?

Ich treffe einige Minuten zu spät ein. Ein paar dutzend Journalistinnen und Journalisten, dazu zahlreiche Kamerteams haben sich im Foyer der Parteizentrale versammelt. Es ist zu spüren, dass dieser Montag ein historischer Tag ist. Die seit vielen Jahren fein ausbalancierte Architektur der deutschen Politik gerät ins Wanken. Wird sie einstürzen?

Angela Merkel ist gerade auf die kleine Bühne gestiegen und verkündet nun das Ende einer Ära, ihrer Ära: «Ich habe mir immer gewünscht und vorgenommen, meine staatspolitischen und parteipolitischen Ämter in Würde zu tragen und sie eines Tages auch in Würde zu verlassen. Zugleich weiß ich, dass so etwas in einer politischen Ordnung nicht gleichsam am Reißbrett geplant werden kann.»

Dann wird Merkel konkret: «Auf dem nächsten Bundesparteitag der CDU im Dezember in Hamburg werde ich nicht wieder für das Amt der Vorsitzenden der CDU Deutschlands kandidieren. Diese vierte Amtszeit ist meine letzte als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Bundestagswahl 2021 werde ich nicht wieder als Kanzlerkandidatin der Union antreten [...]. Für den Rest der Legislaturperiode bin ich bereit, weiter als Bundeskanzlerin zu arbeiten. Und, ja, damit weiche ich in einem ganz erheblichen Maße von meiner tiefen Überzeugung ab, dass Parteivorsitz und Kanzleramt in einer Hand sein sollten. Das ist ein Wagnis, keine Frage.»

Ein Wagnis, keine Frage. Aber auch eine Chance. Drei Jahre später, nach einem turbulenten Wahlkampf und einer für die Union desaströsen Bundestagswahl, gibt Angela Merkel auch die Kanzlerschaft, die Führung des Landes, in andere Hände. Ein tiefer Einschnitt. Deutschland wurde sechzehn Jahre lang von einer Frau regiert, die im Grunde nicht viel mehr wollte als regieren. Bei allen Verdiensten, die der pragmatischen Krisenkanzlerin zukommen: Merkel konnte sich vor allem durch fortgesetzte Ambitionsarmut vier Legislaturperioden lang an der Macht halten. Die Abwesenheit von Gestaltungswillen, von Reformmehrgeiz kenn-

zeichnete ihren reaktiven Regierungsstil, der im Nachhinein auch eine Bürde für die nächste Generation von Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern darstellt. Besonders in den beiden letzten Jahren ihrer Regierungszeit wurden Versäumnisse und Schwächen erkennbar. Spätestens das zeitliche Zusammentreffen der Pandemie mit Merkels zähem Abschied von der Macht offenbarte die Defizite ihres jahrelangen Aufsicht-Fahrens, ihrer Politik der kleinen Schritte. Merkel agierte in der Coronakrise unsicherer und erfolgloser als gewohnt. Und das Debakel beim dilettantisch geplanten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan setzt – nach vielen Erfolgen – einen überaus hässlichen Schlusspunkt ans Ende von sechzehn Jahren Außenpolitik unter ihrer Führung.

Wenn im Frühjahr der Schnee schmilzt, kommt auch der liegengeliebene Müll zum Vorschein. Was sehen wir? Deutschland hat enormen Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Der Kampf gegen die seit langem bekannte Klimakrise kommt nur schleppend in Gang, die Infrastruktur für E-Fahrzeuge sowie der Zustand des Schienennetzes sind unzureichend, teilweise erbärmlich. Die Ausstattung vieler Schulen ist miserabel. Die schlechte Kommunikation zwischen Bund und Ländern zeigt, dass das einstige Erfolgsmodell des deutschen Föderalismus schwere Funktionsmängel hat. Viele Behörden haben in der Pandemie ihre Rückständigkeit offenbart, etwa durch ihre schlechte Vernetzung mit kommunalen Gesundheitsämtern. Der Wirtschaftswissenschaftler Moritz Schularick schreibt mit Recht vom «entzauberten Staat». Und zu Beginn der 2020er Jahre ist nicht zu übersehen, dass viele Menschen in Deutschland immer noch an der Armutsgrenze leben, nämlich jeder sechste, Tendenz steigend, darunter Millionen Kinder.

Manches ist Angela Merkel anzulasten, gewiss nicht alles. In der Rückschau fällt auf, dass eine Bundeskanzlerin, die nie viel mehr wollte als regieren, von politischen Gegnern herausgefordert wurde, die ebenfalls nicht viel mehr wollten als: regieren. Mit welchen markanten Forderungen und programmatischen Ideen haben sich die Kanzlerkandidaten Steinmeier, Steinbrück und Schulz im kollektiven Gedächtnis der Deutschen festgesetzt? Hätte sich das Land unter ihnen wesentlich anders, besser entwickelt?

Die Wahlkämpferin Angela Merkel hat sich drei Mal – 2009, 2013 und 2017 – erfolgreich auf die gleiche Strategie verlassen: Sie hat politisch weitgehend inhaltsleere Wahlkämpfe geführt, um dem Gegner keine Angriffsflächen zu bieten. Bei einer Feier zum 80. Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher im Jahr 2007 bekannte sie, wie die rhetorische Schwammigkeit des früheren Außenministers und Vizekanzlers sie geprägt hat: «Die aus meiner Sicht in seinen Äußerungen vorhandene Unbestimmtheit und die daraus gleichwohl resultierende Zufriedenheit der Journalisten haben auf meinem politischen Lernweg eine große Wirkung entfaltet.» Merkel hat die Methode Genscher zur Staatskunst veredelt. Martin Schulz machte das im Wahlkampfsummer 2017 derart rasend, dass er der Bundeskanzlerin vorwarf, ihr Politikstil sei ein «Anschlag auf die Demokratie». Aus den verzweifelten Worten des SPD-Kandidaten sprach allerdings auch das Eingeständnis, dass es ihm nicht gelang, die Kanzlerin in einen inhaltlichen Diskurs zu zwingen.

In diesem schläfrigen Zustand wurden die Bundeskanzlerin und die politische Klasse eiskalt erwischt, als das Land im Frühjahr 2020 mit ungeheurer Wucht von einer Seuche heimgesucht wurde. Seither muss politische Kommunikation völlig neu gedacht werden. Nicht zuletzt im Wahlkampf. Ohne Veranstaltungen in vollen Hallen, ohne spontane Begegnungen außerhalb der eigenen Blase. Das hautnahe Erleben von Politik wird zunehmend ersetzt durch virtuelle Formate im Internet. Die Entfremdung zwischen den politischen Entscheidungsträgern und dem Rest der Bevölkerung nimmt weiter zu.

Gleichzeitig verlieren politische Inhalte auf einmal ihre Abstraktheit, sie werden sehr handfest. Politikerinnen und Politiker werden plötzlich daran gemessen, wie schnell sie Masken, Wattestäbchen und Impfdosen organisieren können. Wie schnell sie Menschen aus Bürgerkriegsregionen evakuieren. Und sie werden auch danach beurteilt, ob sie bei Katastrophen die richtigen Worte finden und einen passenden Gesichtsausdruck. Ihr Ansehen schwankt innerhalb kurzer Zeit zwischen zwei Extremen: Held und Loser. Jens Spahn kann ein Lied davon singen.

Und wie schon während der Flüchtlingskrise wächst das Misstrauen

gegenüber Politik und Presse. Bei Querdenker-Demonstrationen schlägt Kritik erschreckend oft in Hass und Gewalt um. Kurzum: Das Land verändert sich – und somit auch die Erwartungen, die an Spitzenpolitikerinnen und -politiker gestellt werden. Und auch an diejenigen, die über Politik berichten.

Als Dokumentarfilmer habe ich vielleicht einen etwas anderen Blick auf die Berliner Ereignisse als Hauptstadtjournalisten, die Tag für Tag über die und aus der Berliner Blase berichten. Ich muss nicht jeden Abend einen Beitrag senden, sondern konzentriere mich ausschließlich auf Langzeitbeobachtungen. Monatelang, manchmal jahrelang. Seit 1998 habe ich alle Bundestagswahlkämpfe als Filmemacher begleitet. Seit Helmut Kohls letztem Versuch, sich an die Macht zu klammern. Ich konnte mit den Amtsinhabern Interviews führen, auch mit Gegenkandidaten und anderen Spitzenpolitikern. Ich konnte hinter die Kulissen der Kampagnen blicken.

So war es auch diesmal. Ein knappes Jahr lang habe ich für eine ARD-Dokumentation und für dieses Buch die Parteien und Personen beobachtet, die den Ehrgeiz und die Chance hatten, das Kanzleramt zu erobern und die Zeit nach Angela Merkel zu prägen.

In Deutschlands Entscheidungsjahr konnte ich mit Armin Laschet und Paul Ziemiak, mit Annalena Baerbock, Robert Habeck und Michael Kellner, mit Olaf Scholz und Lars Klingbeil immer wieder exklusive Gespräche führen und sie oft aus der Nähe beobachten. Auch viele andere standen für lange Interviews zur Verfügung, etwa Markus Söder, Christian Lindner, ebenso Politikerinnen und Politiker der AfD und der Linken, außerdem zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Hauptstadtresse.

So konnte ich den Kampf ums Kanzleramt miterleben – und auch das Personal verstehen lernen, das die Bundesrepublik in den nächsten Jahren führen wird. Daneben kommen in diesem Buch weitere Stimmen aus der deutschen Politik und Gesellschaft zu Wort, die eine wichtige Sicht auf den Übergang in die Post-Merkel-Ära haben. Sie stehen auch für die Bruchlinien im Land, die durch die Pandemie zu Tage getreten sind.

Außerdem blicke ich auf frühere Kampagnen und Machtkämpfer zurück, von Kohl über Schröder und Merkel bis Steinbrück und Schulz. Man kann, mit zeitlichem Abstand, allerhand von ihren Wahlkämpfen lernen.

Sobald sie gewählt sind, üben Politikerinnen und Politiker ihre Macht meistens in Büros und Konferenzräumen aus und lassen sich von unabhängigen Journalisten dabei höchst ungern über die Schulter blicken. In Wahlkampfzeiten verlassen sie dagegen ihre gesicherten Räume. Wenn man nah genug dran ist, erkennt man ihre innersten Überzeugungen, gelegentlich lassen sie zwischen all den Floskeln und Phrasen sogar in ihr Seelenleben blicken.

Zu Beginn einer Kampagne gehen die Kandidaten mit den allerbesten Vorsätzen ins Rennen, sie haben ein Bild von sich in der Öffentlichkeit im Kopf. Einige versuchen, dieses Bild zu korrigieren, sie verpassen sich einen neuen Haarschnitt, ein neues Brillengestell oder nehmen ein paar Kilo ab. Berater machen sich an die Arbeit. Aber je länger eine Kampagne dauert und je mehr Probleme auftreten, desto brüchiger werden die Fassaden.

Ich habe Redner gesehen, Helmut Kohl etwa und Joschka Fischer, die erst dann in Form kamen, wenn sie auf Marktplätzen von wütenden Demonstranten ausgepiffen wurden. Für sie war Politik Kampfsport. Ich konnte beobachten, wie einem gestandenen Politiker vor hunderten Anhängern die Tränen in die Augen schossen, nicht vor Rührung, sondern weil er den Druck aus der eigenen Partei nicht mehr aushielt. Ich habe mit einem Kandidaten über seine Minderwertigkeitskomplexe und Alkoholprobleme in der Jugend gesprochen.

Und ich habe in mehreren Interviews eine Bundeskanzlerin erlebt, die jedes Wort abwägte und aus lauter Vorsicht viel sprach, aber kaum etwas sagte. Als ich mich einmal nach ihren Gefühlen erkundigte, nachdem auch sie bei einem Wahlkampfauftritt von Störern niedergebrüllt worden war, antwortete sie, dass sie solche Situationen gut aushalten könne: «Wir sind doch Profis.» Aber selbst der hochprofessionellen Wahlkämpferin Angela Merkel sind Fehler unterlaufen. Von einigen werde ich berichten. In einem Fall nahm ich sogar unfreiwillig eine Nebenrolle ein.

In diesen Wochen wird wieder das Bonmot von Joschka Fischer hervorgekramt, wonach das Kanzleramt «die Todeszone der Politik» sei. Und es stimmt ja: Wer da rein will, braucht nahezu unmenschlich viel Kraft und Ausdauer. Und Risikobereitschaft. Man kann aufsteigen oder abstürzen. Die meisten stürzen ab. Auch das wird Thema des Buches sein.

In Wahlkämpfen lässt sich aber nicht nur der Homo Politicus studieren. Man kann auch viel über das eigene Land erfahren. Die Themen, die Reden, die Plakate spiegeln die Befindlichkeiten der Bevölkerung wider. Wenn Konrad Adenauer 1957 mit dem Slogan «Keine Experimente» warb, die Grünen 1983 «Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt» plakatieren ließen und Guido Westerwelle 2002 mit seinem Guidomobil in den Spaßwahlkampf zog, dann offenbarten die Kampagnen immer auch Entwicklungsschübe der Republik.

Wo steht Deutschland heute?

Bei meinen Besuchen in den Parteizentralen in den letzten Monaten war auffällig oft zu hören, man müsse Politik weit über die nächste Legislaturperiode hinaus neu ausrichten; das Land, Europa und die Welt stünden vor Aufgaben von historischen Dimensionen. Noch vor vier Jahren hatten die Kampagnen einen anderen, dezenteren Zungenschlag. Was ist seitdem passiert? Wieso fällt Politikerinnen und Politikern erst jetzt der gewaltige Reformstau des Landes auf? Im Wahljahr 2021 geht nicht nur eine Ära zu Ende. Eine politische Kultur stößt an ihre Grenzen.

Im Winter 1999/2000, auf dem Höhepunkt des Parteispendenskandals, schrieb die damalige CDU-Generalsekretärin Angela Merkel in einem viel beachteten Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass ihre Partei «laufen lernen» müsse. Sie hatte die Emanzipation von der politischen Überfigur Helmut Kohl im Sinn, natürlich. Zwei Jahrzehnte später muss die CDU wieder laufen lernen. Aber auch die anderen Parteien müssen sich fragen, welchen Anteil sie an der Stagnation der letzten Jahre haben – und ob ihre politischen Geschäftsmodelle noch zeitgemäß sind.

Im Ausgang der Bundestagswahl stecken Chancen, wie sie Deutschland lange nicht mehr hatte: Angela Merkel wird künftig nicht mehr als Argument, auch nicht mehr als Ausrede herhalten. Fast alle im Bundestag vertretenen Parteien sprachen wegen der enormen politischen Herausforderungen von der Notwendigkeit eines Politikwechsels.

Olaf Scholz verkündete «Zukunftsmissionen» und nannte den notwendigen Ökoubau der Wirtschaft eine «Jahrhundertaufgabe». Annalena Baerbock sprach von der «Aufgabe einer Generation», Armin Laschet verlangte einen «Kulturwandel». Christian Lindner warb mit dem Spruch: «Nie gab es mehr zu tun». Ralph Brinkhaus, der des radikalen Gedankenguts unverdächtige Unionsfraktionschef, hielt wegen des Reformstaus «vielleicht sogar eine Revolution» für unausweichlich. Das alles klang in Wahlkampfreden mutig und visionär. Sind die großen Worte ernst gemeint?

Die neue Regierung wird sich von Merkels Politik der kleinen Schritte verabschieden müssen. Sie muss anders laufen lernen. Sie muss große Schritte gehen.

Eine Bundestagswahl kann weit mehr bewirken als einen Personalaustausch an den Schaltstellen der Macht. Eine Bundestagswahl kann ein Land in Bewegung setzen.

AUFBRUCH ODER WEITER SO

DREI MÄNNER AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

Es fängt mit den Fäusten an. Wenn sich Politikerinnen und Politiker zur Wahl stellen, ballen sie gerne ihre Hände zu Fäusten, wie Boxer. Sie glauben dann, entschlossen und tatkräftig zu wirken. Nach den Fäusten kommen die Hände, die sanft ein Halbrund bilden. Eine Geste, die Gestaltungswillen zeigen soll und an Töpfer erinnert, wenn sie eine Vase formen. In den letzten Wochen vor dem Superwahljahr beginnt also die Zeit der Boxer-Fäuste und der Töpfer-Hände.

An diesem Montag Mitte Dezember sind es noch zehn Tage bis Weihnachten, noch zwei Tage bis zum harten Lockdown. Deutschland und die Hauptstadt Berlin sind tief verunsichert. Die Gefühle der Bürgerinnen und Bürger bewegen sich irgendwo zwischen der Vorfreude auf das Fest und der Angst, sich am Glühweinstand den Tod zu holen. Die Fernsehsender zeigen unentwegt Aufnahmen von überfüllten Intensivstationen in den Krankenhäusern, von Patienten an Beatmungsgeräten.

Auch die CDU, die Deutschland seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten regiert, ist in einem beängstigenden Zustand. Noch immer hat sie keinen neuen Parteivorsitzenden. Und der Parteitag wurde schon zwei Mal verschoben. Ab heute gibt es immerhin einen neuen Termin, Mitte Januar 2021 soll die Führungsfrage geklärt werden. Endlich. Für heute Abend hat die Übergangsführung der Partei eine Kandidatenrunde organisiert, die drei Bewerber um die Nachfolge Annegret Kramp-Karrenbauers – Friedrich Merz, Armin Laschet und Norbert Röttgen – sollen sich in einer Diskussion den Parteimitgliedern und darüber hinaus dem Land vorstellen. Aber das Land will sich während der Pandemie nicht so recht für das Gerangel in der CDU interessieren. Nur ein paar tausend Menschen klicken die Kandidatenrunde auf der Website der Partei an, die außerdem noch von dem Spartensender Phoenix im Fernsehen übertragen wird.

Die Partei führt die Runde als physische Präsenzveranstaltung der drei Kandidaten im Konrad-Adenauer-Haus durch. Und das ist nicht leicht. Überall auf dem Boden sind mit rot-weißen Klebebändern die Positionen der Kameralleute markiert. Die CDU gibt sich viel Mühe, die Abstands- und Hygieneregeln einwandfrei durchzusetzen. «Wir wollen nicht, dass uns die *BILD*-Zeitung anschwärzt, wir würden Corona nicht ernst nehmen. Wir sind schließlich Regierungspartei, da müssen wir die Maßnahmen besonders ernst nehmen», flüstert mir ein Parteisprecher zu.

Der Zugang zur Veranstaltung ist auf die drei Kandidaten, ihre Presseleute, zwei Maskenbildnerinnen und die Personenschützer beschränkt, darüber hinaus sind noch ein paar Fotografen und Kameralleute anwesend. Die allermeisten Journalistinnen und Journalisten bleiben außen vor. Einige von ihnen sind dennoch hergekommen. Sie können sich aber nur an den großen, bodentiefen Außenfenstern an der Klingelhöferstraße 8 im Berliner Ortsteil Tiergarten die Nasen plattdrücken.

Nach und nach kommen die Kandidaten durch die Schiebetür am Haupteingang der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in schwere Wintermäntel gehüllt, vorschriftsmäßig mit Mund-Nasen-Bedeckungen. Einer kommt nicht: Jens Spahn. Der Gesundheitsminister ist gerade der Star der Partei, der politische Gewinner der Pandemie. Seine Umfragewerte sind ausgezeichnet, er ist beliebter als Angela Merkel. Ein Umfrageinstitut ermittelt, dass sich 52 Prozent der Befragten «eine möglichst große Wirkung» von ihm im kommenden Jahr wünschen. Parteifreunde fordern offen, dass Jens Spahn ins Rennen um den Parteivorsitz einsteigt. Auch als Kanzlerkandidat kommt er in Frage. Er selbst sondiert in vertraulichen Gesprächen seine Chancen. Doch Spahn zögert – und erscheint nicht zur Kandidatenrunde.

So sind es nur Merz, Laschet und Röttgen. Im Eingangsbereich treffen sie auf andere Maskenträger. Eine Atmosphäre wie aus einem schlecht ausgestatteten Katastrophenfilm. Voller diffuser Angst.

Aber wofür der Aufwand? Die Diskussion der drei Politiker erinnert mehr an Schattenboxen als an einen echten Kampf. Keiner wagt sich aus der Deckung, die Wortbeiträge sind glattgeschliffen, in tausenden Reden

und Interviews erprobt, variiert, weiterentwickelt. Alle drei haben dasselbe Ziel: Sie wollen Parteichef werden, Kanzlerkandidat und dann, natürlich, Bundeskanzler. Es geht nicht nur um die Macht in der Partei, sondern auch um die Macht im Land. Aber dazu müssen sie erst diese Runde hier bestehen.

Die drei kennen sich seit Urzeiten. Sie sind verbunden durch unzählige Geschichten von Freundschaft, Verletzungen, Versöhnung, Misstrauen. Armin Laschet und Norbert Röttgen standen sich früher sehr nahe, auch ihre Familien. Vor über zehn Jahren kandidierten sie schon einmal gegeneinander, es ging um den Landesvorsitz in Nordrhein-Westfalen. Damals setzte sich Röttgen durch. Die Freundschaft der beiden zerbrach. Aber sie konnten sich fortan nicht mehr aus dem Weg gehen, beide blieben wichtige Figuren in derselben Partei.

Auch Merz und Laschet kennen sich seit Jahrzehnten, beide stiegen im Landesverband auf und machten in der Bundes-CDU Karriere. Als sich Friedrich Merz mit Parteichefin Merkel heillos überwarf, nachdem diese ihm 2002 den Fraktionsvorsitz der Union im Bundestag streitig gemacht hatte, und später für viele Jahre aus der Politik ausschied, blieben Laschet und er dennoch in Kontakt. Laschet, seit seinem überraschenden Sieg bei der Landtagswahl 2017 über SPD-Amtsinhaberin Hannelore Kraft Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, bedachte den Aussteiger mit Ämtern, die zwar gut klingen, aber ohne viel Macht ausgestattet sind. So ernannte er Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Köln Bonn Airport und zum «Beauftragten für die Folgen des Brexits und die transatlantischen Beziehungen». Auf lange Sicht ließ sich der ehrgeizige Merz, der seit seinem vorübergehenden Ausscheiden aus der Politik in der Wirtschaft reich geworden war und zwischen 2016 und 2020 für die deutsche Dependence des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock arbeitete, damit nicht abspesen.

Aus gegenseitigen Unterstützern wurden im parteiinternen Machtvakuum nach Merkel Rivalen. Kurz vor der Kandidatenrunde warf Merz Laschet sogar ein falsches Spiel vor. Dieser habe die Pandemie vorgeschoben, um aus taktischen Gründen eine Verschiebung des Parteitages zu erzwingen: «Ich habe ganz klare, eindeutige Hinweise darauf, dass Armin

Laschet die Devise ausgegeben hat: Er brauche mehr Zeit, um seine Performance zu verbessern», wütete Merz. Das «Parteiestablishment» wolle ihn, den Liebling der CDU-Basis, verhindern.

Merz, Laschet und Röttgen bewegen sich in einem dicht geknüpften Netz aus Beziehungen, Abhängigkeiten und Rivalitäten. Sie sind geübt darin, sich miteinander zu messen, notfalls auch mit harten Bandagen. Aber der Versuch, hier und heute einen Parteifreund auf die Bretter zu schicken? Ein solches Egospiele könnte bei den Delegierten einer auf demonstrative Harmonie ausgerichteten Partei, die in wenigen Wochen per Stimmabgabe über den Sieger entscheiden, ins Leere laufen. Daher verfolgen alle drei die gleiche Strategie: keine Provokation riskieren, auf Fehler der anderen lauern. Niemand gibt sich eine Blöße. Die Hände werden zu Fäusten geballt, nur zuschlagen dürfen sie nicht.

Armin Laschet spielt seine Angriffe subtil aus, über Bande. In der Vorstellungsrunde sagt er: «Beruflich bin ich Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. [...] Da leisten wir konkrete Politik jeden Tag für die Menschen.» Das ist sowohl gegen Norbert Röttgen als auch gegen Friedrich Merz gerichtet. Röttgen war als Spitzenkandidat der CDU bei der Landtagswahl 2012 noch krachend an Hannelore Kraft gescheitert. Und Friedrich Merz, was macht der eigentlich beruflich? Ach ja, er ist Wirtschaftsanwalt und kümmert sich ums Geldverdienen. Das ist jedenfalls das Klischee, das Laschet jetzt indirekt bedient. Dann setzt er nach: «Ich bin Teamplayer.» Das richtet sich erneut gegen Merz, der eher als arroganter Einzelkämpfer gilt.

Die kleinen, subtilen Angriffe in dieser Runde verletzen niemanden. Sie sind harmlos. Sie sind nichts gegen die Gemeinheiten, die sich Markus Söder und Armin Laschet Monate später an den Kopf werfen werden. Am heutigen Abend fällt eher der Gleichklang des Trios in politischen Fragen auf. Obwohl doch alle drei Konkurrenten sind – und sich früher schon so viele Verwundungen zugefügt haben.

Als die Moderatorin Tanja Samrotzki, die einzige Frau am Tisch, die Sprache auf den geringen Frauenanteil in der Union bringt, sind sich die drei Bewerber schnell einig. Ja, es müssten mehr Frauen in Führungs-

positionen der CDU vorrücken. Alle nicken. Es stand Frauen selbstverständlich frei, sich ebenfalls um den Parteivorsitz zu bewerben. Und es wäre spannend gewesen herauszufinden, warum die Partei auch nach zwei Jahrzehnten unter weiblicher Führung immer noch so unattraktiv für viele Frauen ist. In der laufenden Legislaturperiode sind nur 51 von 246 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiblich, was einem Anteil von knapp 21 Prozent entspricht. Zum Vergleich: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Frauenquote von immerhin ca. 44 Prozent, bei Linken und Grünen sind sogar mehr als die Hälfte der Abgeordneten Frauen, und selbst die FDP schneidet mit ca. 24 Prozent Frauenanteil etwas besser ab als die Union (nur die AfD liegt mit knapp 10 Prozent noch dahinter). Doch die drei Kandidaten um den Parteivorsitz werden heute Abend mal wieder nicht konkret, wie sie dieses Ungleichgewicht künftig beheben wollen. Es bleibt eine Männerrunde einer Männerpartei.

Nach zwei Stunden verlassen Merz, Laschet und Röttgen mit ihrer jeweiligen Entourage die Parteizentrale. Die Delegierten werden nach einer zweiten Kandidatenrunde im Januar auf dem virtuellen Parteitag abstimmen. Aber haben sie eine richtige Auswahl? Alle drei kommen aus Nordrhein-Westfalen, alle drei sind katholisch, der eine wird mehr dem Wirtschaftsflügel seiner Partei zugeordnet, der andere versucht, als Außenpolitiker zu punkten, der dritte spricht viel von «Maß und Mitte». Die dringend notwendige programmatische Erneuerung schiebt die Partei seit langem vor sich her. Wohin will die CDU nach achtzehn Jahren Merkel und zwei Jahren Kramp-Karrenbauer? Welche Rezepte haben die drei Kandidaten zur Bewältigung der großen Herausforderungen? Wie wollen sie den Klimawandel stoppen, die Pandemie überwinden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken? Heute Abend will oder kann sich niemand mit mutigen Vorschlägen profilieren. Ein echter Favorit bei der bevorstehenden Wahl zum Parteichef ist nicht auszumachen. Ein kühler Abend.

DER JUNGE GENERAL

Vier Tage später hat ein mächtiger Hebekran die Kulisse der Kandidatenrunde in der Lobby des Konrad-Adenauer-Hauses demontiert, hier steht jetzt ein Weihnachtsbaum. Paul Ziemiak, der Generalsekretär der CDU, kommt ein paar Minuten zu spät zum vereinbarten Interview, er blickt unentwegt auf sein Handy. Noch ein Anruf, noch eine Mail. Dann: «Was wollen Sie denn wissen?» Ziemiak ist nicht zu beneiden in diesen Wochen, er muss wegen der Pandemie einen Parteitag ohne Publikum organisieren, mit vielen technischen und juristischen Unsicherheiten. Er gibt sich keine Mühe, seine Probleme kleinzureden: «Alles sehr ungewöhnlich».

Immerhin weiß er seit ein paar Stunden, dass er Generalsekretär bleiben soll. Die beiden Bewerber um das Amt des Parteivorsitzenden Armin Laschet und Norbert Röttgen haben diese Entscheidung für den Fall ihrer Wahl bestätigt. Auch Friedrich Merz hat der Deutschen Presse-Agentur gesteckt, dass er an Ziemiak festhalten würde. Noch ist die Meldung nicht öffentlich, Merz will sich erst am Abend offiziell dazu äußern. Aber was ist die Personalie wert? Was passiert, sollte CSU-Chef Markus Söder Kanzlerkandidat werden und nicht der neue CDU-Chef? Würde der Franke seine eigenen Leute mitbringen und einen Vertrauten mit der Organisation des Wahlkampfes beauftragen? Was will Söder?

«Wir wissen heute noch nicht, wo wir im Januar stehen werden», sagt Ziemiak. «So etwas hat es noch nie gegeben. Wir haben so viele Neuerungen in diesem Superwahljahr 2021. Das erste Mal sind nicht mehr die Sozialdemokraten der Hauptkonkurrent im politischen Wettbewerb mit der Union. Das erste Mal kommen wir aus einer Bundesregierung mit einer amtierenden Bundeskanzlerin, die aber nicht mehr antritt, mit einem neuen Kandidaten. Das erste Mal sind wir vor Weihnachten vor einem Bundestagswahlkampf und wir wissen nicht, wer Parteivorsitzender sein wird. Dieser Wahlkampf ist jetzt schon geprägt von vielen Unbekannten.»

Im vergangenen Februar hatte Annegret Kramp-Karrenbauer ihren

Rückzug als Parteivorsitzende angekündigt. Zehn unendlich lange Monate wartet Ziemiak schon auf deren Nachfolger, auf jemanden, der für das wichtige Wahljahr 2021 den Kurs vorgibt. «Das ist eine ganz schwierige Situation. Irgendwann läuft Ihnen die Zeit davon, und dann brauchen Sie Entscheidungen. Ich treffe die Entscheidungen, die man hier zu treffen hat. Aber ich kann natürlich Entscheidungen nicht treffen, die am Ende dazu führen würden, dass derjenige, der es wird, damit überhaupt nicht leben könnte.»

Ziemiak muss eine Kampagne mit vielen Fragezeichen vorbereiten. Alles wird heute, kurz vor Weihnachten, von der Pandemie überlagert, auch von der eigenen Angst vor einer Ansteckung: «Es ist eine große Belastung. Alle haben die Sorge: Was passiert eigentlich, wenn die Zahlen weiter steigen? Wie und wann werden die ersten Mitarbeiter hier im Haus betroffen sein?»

Wenn man Paul Ziemiak reden hört, könnte man denken, dass der Mann vor einem qualvollen Jahr steht. Aber nein, dieser Eindruck sei falsch, wendet er ein, Ziemiak will ihn gleich korrigieren. Er freue sich ja auf den Wahlkampf, der «die Königsklasse der Kommunikation» sei. Sein nächster Satz klingt wie aus einem Handbuch für Wahlkampfmanager: «Es geht um ganz konkretes Vertrauen von Menschen für die Zukunft. Mehr Vertrauen kann man ja gar nicht gewinnen. Es geht hier nicht um irgendein Produkt. Sondern es geht darum, dass die Menschen einer Partei anvertrauen, dieses Land zu führen und damit ihr eigenes Leben zum Teil mitbestimmen zu lassen.»

Den Enthusiasmus kann man Paul Ziemiak an diesem Tag durchaus abnehmen. Für einen Politikjunkie mit Mitte 30 muss es elektrisierend sein, einen Bundestagswahlkampf für die Partei mit den augenblicklich besten Siegchancen zu führen.

Nach dem Interview stehen wir eine Weile am Fahrstuhl, plaudern über den bevorstehenden Parteitag, als Ziemiaks Handy plötzlich brummt. Er wird still, strafft seinen Körper, zeigt das Display einem Mitarbeiter und geht dann ein paar Schritte weiter, so dass wir das Gespräch nicht mithören können. Markus Söder ist am Apparat, so viel erfahren wir. Nach

wenigen Minuten kommt Ziemiak zurück, angespannter noch als vorher, aber lächelnd. Er, der in dieser Übergangssituation das Machtvakuum in der CDU füllen muss, ja füllen will, fühlt sich sichtlich aufgewertet. Noch vor drei Jahren war er ein etwas unsicherer, hyperaktiver Vorsitzender der Jungen Union. Jetzt ist er der Mann, den die Mächtigen anrufen, der Mann, der sich darauf vorbereitet, den Wahlkampf der Union zu organisieren. Auf ihn sind viele Blicke gerichtet.

Paul Ziemiak hat einen außergewöhnlichen Weg in ein Spitzenamt der deutschen Politik hinter sich. Als Dreijähriger – damals hieß er noch Pawel – siedelte er mit seinen polnischen Eltern von Stettin nach Iserlohn. Dort lebte die Familie zunächst in einer Notwohnung. «Als ich in den Kindergarten kam, konnte ich kein Wort Deutsch», erzählte er einmal. Als Schüler trat er in die Junge Union ein, engagierte sich im Kinder- und Jugendparlament seiner neuen Heimatstadt. Nach dem Abitur begann er ein Studium der Rechtswissenschaft, scheiterte aber am ersten Staatsexamen. Anschließend studierte er Unternehmenskommunikation und beendete auch dieses Studium ohne Abschluss. Nebenher arbeitete er für eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Dann begann seine politische Laufbahn. Ziemiak wurde Bundesvorsitzender der Jungen Union und 2017 für die CDU ins deutsche Parlament gewählt. Ein Bundestagsabgeordneter mit Anfang 30. Der Aussiedler war zum Aufsteiger geworden. Als Annegret Kramp-Karrenbauer im Jahr darauf zur CDU-Chefin gewählt wurde, ernannte sie Ziemiak zu ihrem Generalsekretär. Und er blieb es auch nach ihrer Ankündigung, den Parteivorsitz niederzulegen.

Sein Büro hat sich der junge Generalsekretär ganz oben eingerichtet, im sechsten Stock des Konrad-Adenauer-Hauses. Dort, wo viele Jahre lang Angela Merkel ihr Büro als Parteichefin hatte und bis vor wenigen Monaten noch Annegret Kramp-Karrenbauer. Die Noch-Parteichefin AKK, so ihr berühmtes Kürzel, ist seit anderthalb Jahren auch noch Ministerin und hat den Schwerpunkt ihrer Arbeit ins Verteidigungsministerium verlagert. Im Konrad-Adenauer-Haus wird sie immer seltener gesehen. Jetzt residiert also ihr General Ziemiak in der Chefetage. Sein Schreibtisch sieht kaum nach Arbeit aus. Auf der Arbeitsplatte von Kramp-Karrenbauer befanden sich eine Unterschriftenmappe, Briefe,

ein Kalender, eine Vase mit frischen Blumen. All das fehlt bei Ziemiak. Sein Arbeitsplatz ist: leer. Ein großer Computer-Bildschirm, ein Telefon, ein eingerahmtes Bild, mehr nicht.

Bei Ferdinand Piëch, dem langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden von Volkswagen, sah es ähnlich aus: eine blitzblanke, leere Arbeitsplatte. Über den mächtigen Piëch sagten seine Leute, der Boss verzichte bewusst auf Schriftstücke, damit ihm später niemand Mitwisserschaft über brisante Vorgänge nachweisen könne. Auch deshalb überstand Piëch hausinterne Affären unbeschadet. Bei Ziemiak liegen die Dinge wohl anders. Er gehört zu den Menschen einer Generation, für die beschriebenes Papier nahezu bedeutungslos geworden ist. Festplatten und Bildschirme bestimmen die Arbeitsabläufe.

Ziemiak fühlt sich an diesem Tag sicher, unangreifbar; diesen Eindruck vermittelt er jedenfalls. Ein Zustand, den Politiker sonst erst nach vielen Jahren in einem wichtigen Amt erreichen, wenn sie sich an die Macht gewöhnt haben und beginnen, mit ihr zu verschmelzen. Aber es stimmt: An Ziemiak wird in den nächsten Monaten kein Weg vorbeiführen, seine Partei lag in Umfragen zwischenzeitlich bei knapp vierzig Prozent. Jetzt, im Dezember 2020, wird sie immer noch auf bequeme 36 Prozent geschätzt, fünfzehn, zwanzig Prozent vor den bestplatzierten Verfolgern. Wer oder was soll Ziemiak und seine CDU stoppen?

Und doch hat die Union eine Achillesferse: Nach fast zwei Jahrzehnten unter Angela Merkel und einer kurzen Zeit unter Annegret Kramp-Karrenbauer wird die Partei demnächst wieder zu einer sehr männlichen Partei. Droht ihr damit der Rückfall in ein überwunden geglaubtes, konservatives Zeitalter? Schon vor zwei Jahren, bevor sich Kramp-Karrenbauer denkbar knapp gegen Merz durchsetzte, hatte sich der damalige Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert einen konservativen, männlichen Merkel-Nachfolger an der CDU-Parteispitze gewünscht, am liebsten den als wirtschaftsliberal und wertkonservativ geltenden Merz. Von ihm hätte sich seine Partei leicht abgrenzen können. Der Traum vieler Sozialdemokraten, Grünen und Linken könnte nach der jahrelangen Sozialdemokratisierung der Union unter Merkel Anfang 2021 also endlich in Erfüllung gehen: eine Merz-CDU.

Die Sozialdemokraten haben sich bereits vor Monaten auf Olaf Scholz als Kandidaten festgelegt. Der Burgfrieden des Finanzministers und Vizekanzlers mit der linken Parteidoppelspitze aus Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ist bislang stabil. Bei den Grünen steht die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur zwischen Robert Habeck und Annalena Baerbock zwar ebenfalls noch aus. Doch beide führen die Partei seit 2018 in auffälliger Harmonie und werden dabei vom Zeitgeist getragen. Von dem einstmals lähmenden Dauerzwist zwischen Realos und Fundis ist bei den Grünen jedenfalls nicht mehr viel zu spüren. Bei der Union sind die innerparteilichen Konflikte seit Merkels Rückzug vom Parteivorsitz hingegen erst richtig aufgebrochen. Kramp-Karrenbauer ist an den Spannungen in ihrer Partei verzweifelt.

Vor den Grünen fürchtet sich die Union im Moment am meisten. Sie kamen ihr vor der Pandemie in Umfragen monatelang gefährlich nahe – und sind beim politischen Dauerthema Klimawandel unbestritten Marktführer in der Parteienlandschaft. Und mit dem Duo Habeck/Baerbock verfügen die Grünen über zwei frische Gesichter an der Spitze. Gehört ihnen die Zukunft? Auf die Frage, ob die Union nicht ganz schnell alt aussehen könnte, wenn die Grünen Annalena Baerbock als einzige Frau ins Rennen ums Kanzleramt schicken, erwidert der Parteimanager Ziemiak routiniert: «Wir sind ja diejenige Partei, die das erste Mal dafür gesorgt hat, dass eine Frau Bundeskanzlerin geworden ist, Kommissionspräsidentin, Verteidigungsministerin.»

Aber die Bewerber um den Parteivorsitz heißen nun Armin, Friedrich und Norbert. Und die Kanzlerkandidatur wird einer dieser drei mit einem Gegner namens Markus ausmachen. Alles Männer. Zurück in die Zukunft.

BLAME GAME

Am Montag, den 4. Januar, zu Beginn des neuen Jahres, entbrennt in der Regierungskoalition ein heftiger Streit. Es zeichnet sich ab, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern wie den USA, Großbritannien

oder Israel über viel zu wenig Impfstoff gegen Covid-19 verfügt. Die europaweite Beschaffung durch die EU-Kommission sollte ein Meisterstück supranationaler Kooperation werden. Die Aktion hat sich aber als Desaster entpuppt. Einer der aussichtsreichsten Impfstoffe wurde in Mainz entwickelt, aber die Deutschen profitieren davon nicht, weil die Kommission bei der Verhandlung mit den privaten Pharmakonzernen zu zaghaft agierte. Seit ein paar Tagen werden zwar auch in Deutschland die ersten Senioren gegen Covid-19 geimpft. Aber bald schon gerät die Impfkampagne der Bundesregierung ins Stocken. Lars Klingbeil, Generalsekretär der SPD und somit üblicherweise zuständig für die Abteilung Attacke im Willy-Brandt-Haus, entscheidet sich zu einem Angriff auf CDU-Gesundheitsminister Spahn, auf dessen Beliebtheitswerte alle sozialdemokratischen Spitzenpolitiker zu diesem Zeitpunkt neidisch blicken. Deutschland stehe im Vergleich zu anderen Ländern «viel schlechter da», schimpft Klingbeil. Man habe zu wenig Impfstoff bestellt. Es gebe «kaum vorbereitete Strategien mit den Bundesländern zusammen». Klingbeil versucht, die Verantwortung für den verkorksten Start der Impfkampagne allein dem Koalitionspartner zuzuschieben. Zwar findet er es richtig, dass der Corona-Impfstoff in einer gemeinschaftlichen Kraftanstrengung von der Europäischen Union bestellt wurde. Aber «Europa muss ja nicht automatisch langsamer bedeuten». Die Zustände in Deutschland seien «chaotisch». Wer daran die Schuld trägt, ist für den Parteimanager der SPD klar: der zuständige Gesundheitsminister von der CDU. Und, natürlich, die Kanzlerin.

Klingbeil setzt damit den Ton für die nächsten Monate. Mit seinem Statement haben die Schuldzuweisungen in der Koalition begonnen. Jens Spahn hat den Schwarzen Peter. Und er wird ihn sehr lange nicht mehr los. Auch die Kanzlerin scheint beschädigt.

HARMONIE AUF DEM BALKON

Es schneit. Nichts Ungewöhnliches in dieser Jahreszeit. Doch auf Twitter feiern Hauptstadtjournalisten die Schneeflocken wie ein Großereignis. Das politische Jahr in Deutschland kommt nur gemächlich in Gang. Die Weihnachtsfeiertage, der andauernde Lockdown, die Arbeit im Homeoffice haben die Presse träge gemacht. Der zarte Schnee bleibt nicht lange liegen auf den Straßen, an den Rändern sammelt sich schmutziger Schneematsch.

Über eine dieser Straßen, an der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, schlendern am Montag, den 11. Januar, Annalena Baerbock und Robert Habeck. Auch ihre Gesichter sind zur Hälfte von Masken bedeckt. Man spürt dennoch, dass die beiden gute Laune haben. Und genau dieses Bild wollen sie vermitteln: gute Laune in garstigen Zeiten. Denn das Führungs-Duo der Grünen läuft für einen herbeigebeten Agenturfotografen die Straße entlang. Die ganze Szene ist gestellt. Baerbock und Habeck hielten sich zuvor schon längere Zeit im Gebäude der Stiftung auf und haben sich vor ein paar Minuten schnell ihre Mäntel und Masken übergezogen. Jetzt laufen sie für die Kamera durch den treibenden Schnee. Ein Bild der verantwortungsbewussten Geschlossenheit.

Im Haus sind keine Journalisten erlaubt: Tschüss und guten Tag noch. Wegen Corona ist der Zugang für alle, die nicht zum Inner Circle der Grünen gehören, gesperrt. Für mich gilt eine Ausnahme. Die Grünen haben gerade ihre Jahresauftaktklausur beendet und wollen die Ergebnisse nun vorstellen.

Normalerweise würden an diesem Tag dutzende Kamerateams und Reporterinnen und Reporter durch das Gebäude hetzen und eine nervöse Grundstimmung verbreiten. Doch die vielen Konferenzsäle bleiben leer, die angekündigte Pressekonferenz soll virtuell stattfinden. Eine Hausmeisterin läuft durch die Gänge, ein Techniker, dazu drei, vier Pressesprecher – aber wen sollen sie betreuen an diesem Tag? In einem der Säle steht ein Podium, zwei Mikrofone, zwei Wassergläser, wenige

Schritte davor ein riesenhafter Monitor. Alles wirkt verloren, eine Kulisse ohne Publikum.

Annalena Baerbock und Robert Habeck haben die Wintermäntel abgelegt, nicht jedoch ihre Masken. In einem Raum, in dem eigentlich dreißig, vierzig Personen Platz haben, ziehen sie sich mit ihrem Presse- team zurück. Letzte Abstimmung vor der Fragerunde: Fängst Du an, Annalena? Ja, gerne, dann übernimmst Du, Robert. Was sind die Bot- schaften, die wir überbringen wollen? Wie lange werden wir sprechen, wie viele Teilnehmer gibt es? Solche Dinge. Beide wissen, dass sich die zugeschaltete Hauptstadtpresse nicht nur für Klausurbeschlüsse inte- ressiert, sondern auch für neue Antworten auf die alte K-Frage: Wird Baerbock die Nummer eins? Oder doch Habeck? Alle im Raum werden diese Fragen hunderte Male gehört und pariert haben. Auch für heute haben sie sich ihre Antworten zurechtgelegt. Aber warum lassen sich die beiden auch so viel Zeit mit der Klärung? Eine Partei, die mit ihren Inhalten überzeugen will, könnte den Blick der Öffentlichkeit leicht von den Personalien auf die Sachthemen lenken. So steht sich die Partei- führung selbst im Weg.

Vermutlich tun sich die beiden Vorsitzenden auch deshalb so schwer, weil sie nicht wissen, wann und wie sie ihr Beziehungsgespräch führen sollen. In der Geschichte der Bundesrepublik hat ein solches Gespräch zwischen einem Mann und einer Frau über die Frage, wer von beiden Kanzler oder Kanzlerin werden soll, nur ein einziges Mal stattgefunden. Im Januar 2002 war das, bei dem sagenumwobenen Frühstück von CDU-Chefin Angela Merkel und CSU-Chef Edmund Stoiber in dessen Haus in Wolfratshausen. Damals zog die Frau zurück.

Während Habeck und Baerbock also über die komplexe Mann-Frau- Machtfrage grübeln, rätseln auch ihre Konkurrenten, ob sie es dem- nächst mit einem Mann oder einer Frau als Gegner zu tun haben wer- den. Paul Ziemiak, der noch orientierungslose Wahlkampfmanager der CDU, hatte bei unserem Treffen kurz vor Weihnachten laut über Habeck und Baerbock nachgedacht.

Nachdem er auf die CDU als Partei der Bundeskanzlerin, der Kom-

missionspräsidentin und der Verteidigungsministerin hinwies, unterbrach Ziemiak das Gespräch überraschend: «Darf ich noch einen Satz ... darf ich noch einen Satz zu Habeck und Baerbock sagen?» Ja, klar. «Der entscheidende Punkt ist, dass sie unterschiedliche Stärken und Schwächen haben. Habeck ist deutlich fehleranfälliger als Baerbock. Und insofern ...». «Was meinen Sie damit?» «Wenn Sie sich Interviews anschauen, wenn es um die Frage von Detailwissen geht, da ist Annalena Baerbock stärker.» «Können Sie Beispiele nennen, bei denen Habeck danebengelegt hat?» «Bei der Pendlerpauschale beispielsweise.» «Also, wenn ich das richtig interpretiere, würden Sie sich über einen Kandidaten Habeck mehr freuen, weil er anfälliger wäre?» Ziemiak winkt ab. Noch ist ja offen, wer sein Gegner sein wird. Er will sich nicht festlegen und Baerbock nicht noch größer machen, als er das ohnehin gerade getan hat: «Nein, das ist eine reine Beobachtung.»

Zurück zu den beiden Grünen, die die Frage nach der Kanzlerkandidatur seit Monaten vor sich herschieben, zurück in die Heinrich-Böll-Stiftung. Nach etwa zwanzig Minuten verlässt das Duo Habeck-Baerbock den Konferenzraum und wechselt in den noch größeren, noch leerer wirkenden Saal, wo irgendwo verlassen der Tisch mit zwei Gläsern steht und der erdrückend große Monitor. «Guten Tag und frohes Neues Jahr.»

Dann folgt ein fast siebenminütiger Vortrag von Baerbock, ein kürzerer von Habeck. Und schon geht das Spiel los: Kann man an den Eingangsstatements, an Sprechdauer, an Körperhaltung, Stimmlage, an den vorbereiteten Worten irgendetwas ablesen, was einem bei der Frage nach der Kanzlerkandidatur weiterhilft? Baerbock wirkt forscher, entschlossener, auch selbstsicherer. Ein Fingerzeig?

Habeck spricht nachdenklicher, grübelnder. Wirkt er nicht immer so? Ist das nicht längst seine Rolle, auch in Abgrenzung zu Baerbock? Habeck holt in seinen Ausführungen zu kühneren gedanklichen Bögen aus. «Wir wollen einen Staat bauen ...», so lautet eine seiner Formulierungen. «Einen Staat bauen», haben wir richtig gehört? Steht unser Staat nicht längst auf soliden Fundamenten? Wollen die Grünen noch einmal ganz von vorne anfangen, mit Grundgesetz und allem? «Einen Staat bauen»,

das klingt nach sozial-revolutionärer Romantik à la Burrhus Frederic Skinner, der in seinem Buch *Walden Two* (auf Deutsch: *Futurum Zwei*) einst die Vision einer konfliktfreien, neuartigen Gesellschaft entwarf. Schwer zu sagen, ob Habeck das Buch kennt oder nicht. Jedenfalls merkt er schnell, dass er sich mit der Formulierung gerade aufs Glatteis begibt. Es könnte ja sein, dass ihm die Presse so himmelstürmende Sätze als Größenwahn auslegt! Schnell versucht er, das Wort «bauen» wieder einzufangen, und schiebt ein blasserer, freundlicheres Wort hinterher: «garantieren ...». Also: «Wir wollen einen Staat bauen und garantieren, der funktioniert, der den Menschen nicht Knüppel zwischen die Beine schmeißt, sondern als Dienstleister funktionsfähig ist, den Menschen das Leben möglichst bequem macht. Der Dinge für sie organisiert. Damit das private Leben gut beschirmt und gut geschützt verlaufen kann.»

Leute, wir wollen es Euch bequem machen – so lautet die Botschaft. Auch das ist ungewöhnlich aus dem Mund eines Grünen-Chefs. Wollten die Grünen nicht mal die Gesellschaft herausfordern, unbequem sein? Frühere Grünen-Politiker hatten sich einst den Ruf als Bürgerschreck erworben, als sie etwa Fünf-Mark-für-den-Liter-Benzin oder später einen Veggie-Day forderten. Jetzt sollen es sich die Deutschen – von den Grünen «beschirmt» – «bequem» machen.

Robert Habeck versucht in seinem kurzen Vortrag einen weiten Spagat, zwischen der ehrgeizigen Ankündigung, einen «Staat bauen» zu wollen, und der gleichzeitigen Versicherung, dieses Projekt könne für die Bürgerinnen und Bürger «bequem» gestaltet werden. Der verbale Spagat ist ein Vorgeschmack auf die Strategie des Grünen-Wahlkampfes. Übersetzt heißt das Doppel-Signal: «Wir, die Grünen, packen die Probleme bei den Wurzeln. Aber wenn Ihr uns wählt, müsst Ihr keine Angst haben, Euer Leben bleibt gemütlich.» In den nächsten Monaten werden Habeck und Baerbock in unzähligen Interviews und Wahlkampf-Formaten diesen Spagat ausreizen. Ob sie ihn durchhalten, hängt auch von ihren politischen Gegnern und der Rauflust der Hauptstadtresse ab. Aber die Grünen haben einen Plan. Sie wollen den nächsten Kanzler stellen. Oder die nächste Kanzlerin.

Nach exakt einer Stunde verlassen Baerbock und Habeck den virtuel-

len Raum der Pressekonferenz und ziehen in eine menschenleere Lobby um. Die Masken sind wieder vorschriftsmäßig über Mund und Nase gezogen. Zwei Barhocker, zwei Bistrotische, eine Mitarbeiterin hat vorher mit dem Zollstock abgemessen: nicht näher als 1,50 Meter, besser zwei Meter, dürfen sich die beiden kommen. In diesen Tagen sitzt allen die Angst im Nacken.

Als beide Platz nehmen, ziehen sie ihre Masken wieder ab. Ich sage ihnen zu, dass keine Zitate aus dem folgenden Interview vor Herbst veröffentlicht werden. «Schade eigentlich», wirft Habeck ein. Die Verabredung hilft, jetzt können beide freier sprechen, das ist gleich zu merken.

Im Herbst beginnt «eine neue Ära», sagt Baerbock, «es wird ein neues Kapitel aufgeschlagen». Auf die Frage, ob er sich über das Ende der Merkel-Ära freue, antwortet Habeck: «Nein, das kann man nicht sagen. Frau Merkel hat das Land stabil gehalten. Vieles war sehr gut und auch wohltuend. Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich, obwohl ich sie damals nicht gewählt habe, 2005 irgendwie erleichtert war, dass nach dem, na ja, sagen wir etwas aufgeplusterten Schröder-, Fischer-, Clement-, Schily-Ton auf einmal so eine nüchterne, sachliche, irgendwie verschmitzte Art eingezogen ist.»

Es kostet Habeck nichts, der Kanzlerin am Ende ihrer Amtszeit ein paar freundliche Worte mit auf ihre Abschiedstour zu geben. Angela Merkel ist für ihn keine Konkurrentin mehr, und der Co-Vorsitzende der Grünen weiß, was Deutschland dem pragmatisch-nüchternen Politikstil seiner Dauerregentin zu verdanken hat. Nicht nur gegen das Macho-Gehabe von einstigen politischen Alphantieren wie Schröder und Fischer, sondern auch gegen den dröhnenden Irrationalismus von gegenwärtigen Populisten wie Bolsonaro, Johnson oder Trump war und ist die überlegte Zurückhaltung der Bundeskanzlerin das passende Gegengift.

Aber Habeck will der Kanzlerin auch kein Denkmal bauen: «Inhaltlich hat Frau Merkel diese nüchterne Art häufig so angewandt, dass die Dinge erst sehr weit eskalieren mussten, bevor dann die richtigen Schlüsse gezogen wurden. Also Atomausstieg oder auch Ehe für alle. Die Möglichkeit, einen Recovery Fonds auf europäischer Ebene einzurichten, also gemeinsame Anleihen auszugeben oder dann eine gemeinsame

Verschuldungspolitik zu ermöglichen. Das ist immer in der Krise passiert, weil es sonst noch viel schlimmer gewesen wäre. Ich glaube, dass diese Politik gerade gereicht hat für die letzte Dekade, bei aller persönlichen Sympathie für Frau Merkel. Aber das wird nicht reichen für die nächste Dekade.»

Angela Merkel wird ja nicht nur als Bundeskanzlerin verschwinden, sondern auch als Wahlkämpferin. Baerbock schlussfolgert daraus, dass jetzt «alles offen», ja «alles möglich» sei. Auch sie scheint infolge des selbstgewählten Abtritts der Kanzlerin an einen leichteren Wahlkampf zu glauben, in dem grüne Themen und Forderungen am Ende den Ausschlag geben.

Die Parteispitze hat gerade ihre Jahresauftaktklausur hinter sich, da will man schon wissen, auf welche Themen die Grünen in den nächsten Monaten eigentlich setzen werden, auch wenn man die Antworten bereits ahnt. Hinter der Mammutaufgabe der «ökologischen Transformation» sind laut Habeck alle anderen Themen zweitrangig, ja «irrelevant»: «Wie wir die liberale Demokratie gegen Populismus und Rechtsradikalismus schützen, wie wir das Verständnis von Gemeinsinn durch sozialen Zusammenhalt, einen Ausgleich der sozialen Politik herstellen. Das ist alles wichtig. Aber wenn wir die Klimakrise nicht lösen, werden all diese anderen Themen überspült werden von dramatischen Verwerfungen, die wir uns gar nicht vorstellen können.»

Nach aktuellen Umfragen braucht es Anfang Januar nicht viel Fantasie, um sich für die Zeit nach der Wahl eine Koalition vorzustellen, in der die Grünen entweder mit der Union oder der SPD regieren. Wenn aber der Klimawandel «wirklich alles andere schlägt», wie Habeck sagt, sind drastische Maßnahmen notwendig, die wenig Spielraum für Kompromisse lassen. Dann drohen beinharte Koalitionsverhandlungen, in denen sich nicht zuletzt die großen gesellschaftlichen Konfliktlinien der Zeit widerspiegeln: zwischen urbanen Kosmopoliten und ländlichen Traditionalisten. Längst wurde der gemütliche bundesrepublikanische Föderalismus vom nervösen Grundrauschen eines neuen politischen Zeitalters abgelöst; Koalitionsbildungen in den Ländern und im Bund werden immer schwieriger, die politische Landschaft ist fragmentierter denn je.

Sind die Ziele der Grünen lagerübergreifend überhaupt vermittelbar? Oder anders: Können die Grünen eine auf Konsens und Kompromisse ausgerichtete Politik betreiben, wenn das Thema Klimawandel «alles schlägt»? Baerbock gibt sich optimistisch, will in der repräsentativen Demokratie nach deutschem Modell, in der sich verschiedene politische Kräfte miteinander ins Verhältnis setzen müssen, «eine Chance» erkennen, der «Breite der Gesellschaft» gerecht zu werden. Sie fügt jedoch an: «Nur das, was in den letzten Jahren immer nicht geklappt hat, der Bremsenschuh, dass [...] erst so lange geredet wurde, bis das Problem wirklich richtig heftig war, das müssen wir ändern.» Von einer Koalitionsregierung erhofft sich Baerbock einen breiteren gesellschaftlichen Konsens für ihre Politik. Sie weiß aber auch, dass sich ihre Partei insbesondere in der Klimafrage weniger hinter einem Koalitionskompromiss verstecken kann als Union oder SPD, falls die im Wahlkampf in Aussicht gestellten Maßnahmen in der Regierung später doch nicht so einschneidend ausfallen. Wir werden den Spagat der Grünen im Wahljahr in Erinnerung behalten und im Herbst wieder an ihn denken.

Dann kommen wir an diesem verschneiten Januartag auf die Kandidatenfrage zu sprechen, natürlich. Im Jahr 2019 titelte der *STERN*: «Der Höhenflug des Robert Habeck – kann ein Grüner Kanzler?» Noch vor einem halben Jahr galt der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, der im Vergleich zu seiner mehr als zehn Jahre jüngeren Co-Vorsitzenden immerhin über einige Jahre Regierungserfahrung verfügt, als der wahrscheinliche Kanzlerkandidat der Grünen. Und jetzt? «Werden Sie beide das untereinander ausmachen – und nur Sie beide? Was sind die Kriterien? Wie hab ich mir das vorzustellen, Herr Habeck?» «Es ist ja nicht so, dass wir noch nie über die Fragen, was machen wir mit der Partei, wohin wollen wir sie führen, und über die sogenannte Kanzlerfrage gesprochen hätten. Das ist ja für uns ein fortwährender Prozess. Und wir wissen jetzt aus dem permanenten Gespräch, dass sich Dinge ändern, Einschätzungen ändern, gesellschaftliche Erwartungen ändern, Debatten ändern».

Aha, will Robert Habeck etwa mit Verweis auf einen veränderten Zeitgeist seinen Verzicht auf die Kanzlerkandidatur argumentativ vorberei-

ten? Schnell ergänzt er: «Da sind wir beide klar: Das, was den größten Erfolg sichert oder – «sichert» ist ein hochmütiges Wort – aber bringen kann, das ist die richtige Entscheidung.» Auf die Frage, wie man sich den Prozess der Entscheidungsfindung konkret vorzustellen habe, antwortet Habeck blumig: «So, dass Annalena und ich, wenn wir mal Zeit finden, uns, wenn die Sonne scheint, auf den Balkon setzen. Und zwei, drei Stunden darüber reden. Das sind dann aber auch private Gespräche. Wie es so geht, wie man das Jahr erlebt hat, wie man mit guter oder schlechter Presse umgeht.»

An diesem Tag hat er noch eine romantische Vorstellung von einem Beziehungsgespräch, das ihn in ein paar Wochen in einen emotionalen Grenzbereich führen wird. Noch hofft er, dass die Sache in seinem Sinne ausgehen wird. Indessen betont Baerbock noch einmal die Geschlossenheit des grünen Spitzenduos, ganz egal, wer am Ende «von vorne den Wagen» ziehe. Die Entscheidung für sie oder für ihn bedeute ja nicht, dass die Nummer zwei anschließend gar nichts mehr mache: «Wir werden diesen Wahlkampf gemeinsam gestalten.» An guten Vorsätzen und Kampfesmut mangelt es den Grünen zu Beginn des Wahljahres nicht. Doch alles kann auch ganz anders kommen. Ein Wahlkampf, der nicht entlang von Wahlprogrammen geführt wird, sondern der die persönliche Integrität der Kandidaten in Frage stellt, ist schwerer planbar. Dass in den kommenden Monaten unter der Gürtellinie, also auch schmutzig, gekämpft werden wird, davor haben Habeck und Baerbock Sorge. Wir sprechen über frühere Wahlkämpfe, über den von Peer Steinbrück und den von Martin Schulz gegen Angela Merkel. Wir sprechen über die physischen und seelischen Belastungen, denen alle Wahlkämpfer ausgesetzt sind.

Daher die Frage: Warum setzen die beiden sich diesem Höllenritt aus? Robert Habeck antwortet: «Es ist ein bisschen wie im Sport. Wir wissen, dass wir auch Blutgrätschen kriegen werden und auch welche, wo man sich das Bein brechen kann. Es gibt wahrscheinlich keinen Schiedsrichter, der jemanden vom Platz stellt und sagt: Das war unfair, so geht's nicht. Wenn es nur nach Bequemlichkeit gehen würde, dann sollte man sich das nicht antun. Ich glaube, es gibt einen Grund, der, wenn ich für

Dich mitreden darf...», Habeck schaut kurz zur Seite, zu seiner Co-Vorsitzenden, «... es gibt einen Grund, der uns auch zu Parteivorsitzenden gemacht hat: Es ist am Ende doch ein Privileg, zu den Personen zu gehören, die das Vertrauen gewinnen können, die Zeit, in der man lebt, zu gestalten. Darum geht es. Das ist auch eine Verpflichtung. Und die Verpflichtung schließt eben mit ein, dass man auch Schläge aushalten muss.»

Noch wird das grüne Spitzenpersonal von der Konkurrenz und der Presse verhältnismäßig sanft behandelt. Es ist früh im Entscheidungsjahr.

DER VERWANDELTE SCHOLZOMAT

Olaf Scholz kommt fünfzehn Minuten zu früh am Willy-Brandt-Haus an. Zählt in diesen Tagen, Mitte Januar, bereits jede Minute? Die SPD hat unten in ihrer Parteizentrale ein kleines Videostudio eingerichtet, hier soll Scholz Grußworte in eine Kamera sprechen, etwa für langjährige Parteifreunde: «Alles Gute für das neue Jahr von Berlin aus nach Hamburg». Dann das nächste Video: «Ich freue mich sehr, dass ich ein paar Worte zu Eurem Neujahrsempfang sprechen kann.» Und so weiter. Dann zieht sich Scholz wieder seine Gesichtsmaske über und läuft die paar Schritte zum Haupteingang. Der gläserne Fahrstuhl fährt fast geräuschlos in den fünften Stock, hier haben sie Scholz ein kleines, provisorisches Büro eingerichtet. Auf dem Namensschild an der Tür steht: Olaf Scholz, Kanzlerkandidat. Schräg gegenüber wird gerade ein neuer, größerer Raum für den Kandidaten hergerichtet, aber noch muss er sich mit der etwa zwölf Quadratmeter kleinen Bude begnügen. Ein Schreibtisch mit Laptop, ein Drehstuhl, irgendwo steht eine Topfpflanze. Es sieht so ähnlich aus wie bei Paul Ziemiak, nur etwas ärmlicher, provisorischer.

Scholz wählt sich in das erste virtuelle Meeting des Tages ein: Hallo, hier ist Norbert, hier Saskia. Lars Klingbeil und ein paar Leute von der Werbeagentur in Hamburg sind auch in der Leitung. Es geht darum, die nächsten PR-Maßnahmen zu planen. Aber irgendjemand fehlt noch, Scholz muss warten. Eine Minute, zwei Minuten, drei Minuten. Man

sieht es dem Mann nicht an, seit Jahrzehnten hat er seiner Gestik und Mimik jegliche unkontrollierte Gefühlsregung ausgetrieben. Aber innerlich wird er kochen. Es ist ungehörig, den Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidaten warten zu lassen. Gibt es in diesen Tagen eine wichtigere Person in der Sozialdemokratie? Gibt es jemanden, dessen Terminkalender enger durchgetaktet ist? Zwischen zwei Schalten hat der Kandidat Zeit für ein kurzes Interview.

Es heißt, der erste Eindruck bleibe lange haften. Ich traf Scholz zum ersten Mal im Herbst 2009. Die SPD hatte die Bundestagswahl mit ihrem Kandidaten Frank-Walter Steinmeier krachend verloren. 23 Prozent, damals ein sozialdemokratisches Debakel. Scholz hatte nicht nur eine Wahl verloren, sondern auch sein Amt als Minister für Arbeit und Soziales. Er war nur noch geschäftsführend im Amt und wartete darauf, die Geschäfte an Ursula von der Leyen zu übergeben. In dieser Übergangszeit stellte er sich das erste Mal meinen Fragen, tapfer und geduldig. Welche Erklärung haben Sie für die schwere Wahlniederlage, wie soll es weitergehen? Ein harmloses Frage-Antwort-Ping-Pong.

Irgendwann kam ich jedoch auf ein Thema, das ihm gar nicht schmeckte. Auf der Suche nach einer Erklärung für die tiefe Krise der SPD sprach ich ihn auf das Schwielowsee-Ereignis an. Im Jahr 2008, also ein Jahr vor unserem Interview, rang die SPD-Spitze um die Kanzlerkandidatur. Parteichef Kurt Beck hatte wohl Ambitionen, aber Frank-Walter Steinmeier parteiintern die besseren Karten. Am Rande einer Parteiklausur an einem brandenburgischen See wurde die von Kurt Beck mitgetragene Entscheidung an Beck vorbei an die Presse durchgestochen. Beck war schockiert, außer sich vor Wut. Er sah sich um die Möglichkeit gebracht, als Parteivorsitzender selbst die Kandidatur zu verkünden. Beck trat als SPD-Chef spontan zurück und hinterließ zerrissene, traumatisierte Genossen. Auf meine Frage an Olaf Scholz, wie er die Ereignisse vom Schwielowsee erlebt habe, erntete ich erst einmal Schweigen. Dann nahm er sich in einer recht umständlichen Antwort beinahe für jedes einzelne Wort Zeit und erklärte langsam: «Die ganze sozialdemokratische Partei ist ... durchgeschüttelt worden ... durch ... das plötzliche

Ereignis des Rücktritts ... eines Parteivorsitzenden ... Und es ... ist ja auch deshalb schwierig ..., weil es nicht das einzige Ereignis war, wo wir uns nicht ganz perfekt verhalten haben. Sondern sich ein paar solcher Ereignisse aneinander gereiht haben Was den Wechsel im Parteivorsitz betrifft, hat es in den letzten Jahren ein paar zu viele gegeben.»

Olaf Scholz deutete eine Menge Ärger an und auch einen Grund für den Ansehensverlust der SPD in diesen Jahren. Wie aber war das genau mit Becks Rücktritt? Daher: «Nochmal eine Nachfrage zum Schwielowsee-Ereignis. Sie sagten: ‹Wir haben uns nicht perfekt verhalten›. Wie meinen Sie das?» Scholz blieb vage: «Die SPD hat ... jetzt ... mehrfach ... einen Wechsel im Parteivorsitz gehabt ... Oft nicht freiwillig, oft krisenhaft. Das macht keinen guten Eindruck. Und ich glaube, es wäre gut, wenn wir da ein wenig mehr Kontinuität ... entwickeln könnten.»

Mit diesem Ausweichmanöver wollte ich ihn nicht davonkommen lassen und fragte noch einmal, inwiefern man sich gegenüber Kurt Beck «nicht perfekt verhalten» habe. Jetzt wusste Scholz: das Gespräch kann unangenehm werden. Er versuchte es mit einer nichtssagenden Antwort aus dem rhetorischen Baukasten von Politprofis: «Die Umstände, die zum Rücktritt des Vorsitzenden Beck geführt haben ... waren keine Werbemaßnahme für die sozialdemokratische Partei. Ich glaube, das sieht jeder bei uns so.» «Wieso?», fragte ich erneut.

Scholz antwortete nicht mehr, eine Sekunde lang nicht, noch eine Sekunde, und noch eine. Eine gefühlte Ewigkeit. Ich wartete auf irgendeine Reaktion, ein Räuspern vielleicht, wenigstens ein Blinzeln. Es kam: nichts. Scholz blickte mich an. Ich blickte zurück, ebenfalls wortlos. So schauten wir uns eine Weile lang an, und mir wurde auf unangenehme Weise klar, warum man Olaf Scholz auch «Scholzomat» nennt. Genau wie mein Gegenüber entschied auch ich, den Blick zu halten. Sechs Sekunden, sieben Sekunden, acht Sekunden. Dann senkte Scholz den Kopf und beendete das Schweigen: «Ich habe die Frage beantwortet.»

Diesen ersten Eindruck habe ich im Hinterkopf, als wir uns zwischen zwei Videoschalten Anfang 2021 erneut gegenüberstehen. Auch bei anderen Gelegenheiten seit 2009 waren unsere Begegnungen nicht viel

warmherziger gewesen. Aber jetzt lerne ich eine ganz andere Seite von Olaf Scholz kennen. Er ist zugewandt, locker im Umgangston und neugierig. Der Minister steht unter dem Eindruck des Sturms aufs Kapitol in Washington, der wenige Tage zuvor fünf Menschenleben gefordert hat. Dass Präsident Trump seine Anhänger dazu angestachelt hat, kann er kaum fassen. Wir sprechen über faschistische Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft, auch darüber, wie Trump diesen Aufruhr eiskalt vorbereitete, indem er die Legende von der gestohlenen Wahl entwarf. Scholz zieht aus den Ereignissen eine einfache Lehre: «Gesellschaften müssen zusammenhalten. Wenn sie auseinanderdriften, erzeugt das große Probleme. Und deshalb bin ich sehr einverstanden mit dem, was Joe Biden eigentlich sein ganzes politisches Leben immer gesagt hat, er sei immer empfunden worden als «middle-class-Joe». Das hätten ganz viele Leute eher als Kritik gemeint, aber er sei sehr stolz darauf, auf die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, auf die Trucker, auf die vielen anderen, die in dem Land jeden Tag alles zusammenhalten und einen Anspruch darauf haben, dass sie nicht einfach beiseite gestellt werden.»

«Wenn Joe Biden «middle-class-Joe» ist, sind Sie dann «middle-class-Olaf»?»

«Ja. Ich empfinde mich als jemand, der dafür steht, dass es einen Zusammenhalt gibt, der alle einbezieht.»

Wir sprechen über Wahlkampf und Krisen als Chance. Ein lebendiges Gespräch. Hat sich Olaf Scholz im Laufe der letzten Jahre verändert, ohne dass ich seine Wandlung bemerkt habe? Warum ist er heute so anders, so offen? Wo ist der Scholzomat geblieben?

Er bleibt an diesem Vormittag freundlich, hört zu, locker, jedenfalls ganz anders als früher. Als wir über die Themen sprechen, die im deutschen Wahlkampf eine Rolle spielen werden, legt er seine Scholz-Platte auf und erzählt vom Respekt, der auch den Schwachen in der Bevölkerung entgegengebracht werden müsse, redet von der unzureichend gewürdigten Krankenschwester zum Beispiel. Aber was soll ein Politiker schon sagen, wenn er monatelang dieselben Parolen unters Volk bringt. Ergiebiger als die Antworten fällt seine Körpersprache aus. Auch er ballt